

Autorin Renate Hartwig in Neuwied

„Gesundheitsreform führt zur Industrialisierung des Gesundheitswesens“

Schulterschluss: Ärzte und Patienten treffen sich jetzt regelmäßig



In einer Podiumsdiskussion kamen die Politiker zu Wort.

Fotos: FF



Nach dem Vortrag hatten die Bürger/Innen die Möglichkeit, Fragen zu stellen.



Besonders in der Kritik der Bürger/Innen standen die Kassenärztlichen Vereinigungen.

Neuwied. Kürzlich hatte die Kreisärzteschaft, ihr gehören 690 Ärzte im Kreis Neuwied an, die Bevölkerung zu einer Informationsveranstaltung ins Heimathaus eingeladen. Tenor: Man sitzt im gleichen Boot und muss gegen die stürmische See in Form der Gesundheitsreform ankämpfen. Den Schulterschluss zwischen Medizinern und Bürgern leitete Renate Hartwig ein. Die Autorin von „Der verkaufte Patient“ machte eine klare Ansage: „Einmischen ist Bürgerpflicht“ und „Ohne, das wir uns hier und jetzt auf einen Termin verständigen, gehe ich nicht“. Fortan treffen sich die Neuwieder und ihre Ärzte an jedem ersten Dienstag im Monat. Erstmals am 7. April um 19 Uhr im Röntgensaal des Heimathauses. Das ist dann Bürgertreff Nummer 418 in Deutschland. Wie in anderen Städten können die Neuwieder zwanglos mit Ärzten und Medizinern diskutieren. Denn, so Renate Hartwig, die Solidarität zwischen Arzt und Patient ist unumgänglich. „Auf die Idee die Praxisgebühr zu sparen,

weil der Arzt bei dieser Gelegenheit mal eben eine Diagnose durchführt, sollte aber keiner kommen“, fügte sie schmunzelnd hinzu. Dr. Anja Meurer wurde auf die Bayerin aufmerksam, als ihr deren Buch in die Hände fiel. Eigentlich begegnet die Schriftführerin der Kreisärzteschaft Büchern über ihren Stand mit Skepsis. Zu häufig werde pauschalisiert oder vermeintliche Skandale aufgedeckt. Anders beim „verkauften Patienten“. Mit diesem Buch kann sich die Allgemeinmedizinerin identifizieren. Wohl auch, weil die Autorin ohne Umschweife auf den Punkt kommt. Die Vergütung der Ärzte erklärt sie anhand eines Berufsfeuerwehmanns. Je nach Größe des Hauses steht ihm eine bestimmte Menge Wasser zur Verfügung. Lässt sich der Brand damit nicht löschen, bekommt er den höheren Verbrauch von seiner Gehaltsabrechnung abgezogen. „Nur das den Ärzten die Budgetüberschreitung erst nach zwei Jahren in Rechnung gestellt wird“, berichtete Renate Hartwig.

Sie ist der Überzeugung, dass Deutschland über ein gutes Gesundheitssystem verfügt. Mit den laufenden Reformen werde es aber an die Wand gefahren. Durch immer strengere Reglementierungen werde den Ärzten zunehmend die Existenzgrundlage entzogen. Sie befürchtet die Industrialisierung des Gesundheitswesens, in dem sich der Arzt zum minutiös planenden Technokraten verwandelt. Von drei Trends auf dem Weg dahin, kürzlich von der Weltgesundheitsorganisation veröffentlicht, berichtete Dr. Anja Meurer. Erstens: Die Konzentration von Fachärzten und Spezialisten in Kliniken. Für die Menschen außerhalb der Städte bedeutet das lange Fahrten und weite Wege. Zweitens: Die Fragmentierung der Behandlung. Der Patient in seiner Gesamtheit tritt immer mehr in den Hintergrund. Drittens: Die Kommerzialisierung der Heilbehandlung. Dieser Bereich gilt als echter Wachstumsmarkt. Die Unternehmen erwarten zweistellige Zuwächse. Hierin sieht Renate Hartwig das Hauptproblem. Solidarität, auf die das deutsche Gesundheitswesen baut und Profitgier seien nicht zu vereinbaren. Sie ist der Überzeugung, dass dem System der Ausverkauf droht. Verantwortlich sei die Politik. Die versuche erst die Anzahl der Krankenkassen zu reduzieren, um die verbleibenden später in handlichen Einheiten zu verkaufen. Ähnlich wie die UMTS-Lizenzen für den Mobilfunk oder die Post und die Bahn. Interessierte Konzerne gebe es genug. Deren Experten seien sicher, die 160 Milliarden Euro Beiträge sowie die 80 Milliarden Euro Einnahmen aus dem offenen Gesundheitsmarkt auf 500 Milliarden

heraufschrauben zu können. „Menschen werden zu Produkte“, mahnte Renate Hartwig. Die Politik öffne Tor und Tür. In keinem anderen Ministerium sei der Lobbyismus einer Industrie so stark verbreitet wie im Bereich Gesundheit. Als Beispiel nannte sie den SPD Gesundheitsexperten Prof. Karl Lauterbach, der einerseits in den verschiedenen Gremien vertreten ist, aber andererseits im Aufsichtsrats des Rhön Klinikums sitzt. Einem am Aktienmarkt notierten Konzern mit 46 Krankenhäusern.

Nach der Einführung ins Thema hatten die Bürgerinnen und Bürger im Anschluss die Gelegenheit, brennende Frage loszuwerden. Besonders in der Kritik standen die Kassenärztlichen Vereinigungen (KV), über die der Arzt sein Honorar abrechnet. Renate Hartwig sieht in ihnen nur den Erfüllungsgehilfen der Politik. Ein Arzt bestätigte, dass die KV von Berlin sämtlicher Gestaltungsmöglichkeiten beraubt worden sei. Gemeinsam machten sich Patienten und die im Saal versammelten Ärzte auf die Suche nach Kosteneinsparungen. Eine Ärztin schlug die direkte Abrechnung mit dem Patienten vor. Das würde eine Menge Bürokratie sparen und für Transparenz sorgen. Der Patient reicht die Rechnung an seine Krankenkasse weiter. Der Verbleib der Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Krankenversicherung zu Jahresbeginn warf Fragen auf. Bei den Ärzten seien die 2,7 Milliarden Euro jedenfalls nicht angekommen. „Ich weiß nicht wer die klebrigen Finger hat“, zeigte sich Sabine Bätzing (SPD) im abschließenden Teil der Veranstaltung, einer Podiumsdiskussion, ratlos. Mit ihr diskutierten unter anderen MdB Elke Hoff (FDP) und Bundestags-



Autorin Renate Hartwig ging den Problemen der Gesundheitsreform auf den Grund.

kandidat Erwin Rüdell (CDU). Der Wähler konnte sich ein Bild ihrer Visionen des Gesundheitswesens in fünf Jahren machen. Staatsmedizin pur befürchtet Elke Hoff, wenn Ulla Schmidt im Amt bleibe. Ihre eigene Medizin studierende Tochter hätte schon kund getan, bei den jetzigen Verhältnissen ihre Praxis lieber im Ausland eröffnen zu wollen. Auf weniger Krankenversicherungen und die Bürgerversicherung setzt Sabine Bätzing. Eine stärkere Beitragsbemessung nach dem Einkommen ist für sie vorrangig. Die Idee der direkten Abrechnung zwischen Arzt und Patient wurde in der Podiumsdiskussion noch einmal aufgegriffen. Der prüfende Blick ins Portemonnaie, ob ein Arztbesuch drin ist oder nicht, ist für Dr. Fred Konrad (Bündnis 90/Die Grünen) unvorstellbar. Für ihn steht fest. Wenn sich am jetzigen System nichts ändert und eine bürgerliche Mehrheit noch weiter rationalisiert, ist seine Praxis in fünf Jahren geschlossen. „Noch mehr Arbeiten, für noch weniger Geld“, das möchte er jedenfalls nicht. - FF